

Dokumentation: Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler

von Hans Fingeller

Der Wunsch der Südtiroler

Zusammen mit Vertretern der „Süd-Tiroler Freiheit“ und der „Freiheitlichen“ erklärten im Dezember 2009 die Parlamentsabgeordneten der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) Dr. Siegfried Brugger und Dr. Karl Zeller, dass sie sich **eine doppelte – italienische und österreichische – Staatsbürgerschaft für die Südtiroler** wünschten.



Einen Pass auch vom Vaterland

MINDERHEITENPOLITIK: Parlamentarier Brugger und Zeller schlagen doppelte Staatsbürgerschaft vor – Lob vom Kollegen Bre

**Rechtlich sowohl seitens Italiens wie
seitens Österreichs möglich**



Dr. Karl Zeller

Rechtlich sei dies durch eine Ausnahmeregelung im österreichischen Staatsbürgerschaftsrecht ohne weiteres möglich, erklärte der Südtiroler Parlamentarier und Rechtsexperte Dr. Karl Zeller.

Auch Italien ermögliche den im Ausland lebenden Minderheiten italienischer Sprachzugehörigkeit derartige Doppelstaatsbürgerschaften und habe etwa viele kroatische (Nicht-EU-) Staatsangehörige aus Dalmatien zu EU-Bürgern gemacht. Es seien sogar 18 Sitze im Senat und in der Abgeordnetenkammer diesen „Auslandsitaliener“ vorbehalten.

Das italienische Staatsbürgerschaftsgesetz von 1992 erlaube zudem italienischen Staatsbürgern den Erwerb einer zweiten Staatsbürgerschaft, ohne dass sie dabei die italienische abgeben müssten. Dies gelte natürlich auch für die Südtiroler. Von staatlich italienischer Seite gebe es daher keine Hindernisse.

Unterstützung durch FPÖ – Ablehnung durch ÖVP

Volle Unterstützung erhielt das Südtiroler Begehren durch die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) und deren

Südtirolsprecher und Nationalratsabgeordnete Werner Neubauer.

Ebenso umgehend nahm damals der **Nordtiroler Landeshauptmann Günther Platter** (ÖVP) gegen den Wunsch der Südtiroler Stellung. Just zu Weihnachten, am 24. Dezember 2009 erschien in der Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ ein Interview mit ihm, in welchem er den Vorschlag der Südtiroler vehement ablehnte: **„Ich sehe darin mehr einen Vorwand für eine neuerliche Diskussion um die Verschiebung der Staatsgrenzen.“** Eine solche zu verlangen, zeuge **„von Verantwortungslosigkeit und mangelndem Geschichtsbewusstsein.“**

War es schon seltsam genug, aus dem Mund eines Nordtiroler ÖVP-Landeshauptmannes zu hören, dass die Aufrechterhaltung der Unrechtsgrenze am Brenner eine moralische Pflicht sei, so wurde im Jänner 2010 die Situation noch skurriler. Der sogenannte **Südtirolsprecher** der ÖVP, **Hermann Gahr**, lehnte die Doppelstaatsbürgerschaft öffentlich ab. Dies veröffentlichte die „Tiroler Tageszeitung“ am 5. Jänner 2010.



Gahr gegen Pass für Südtiroler

Während Südtirols LH Luis Durnwalder für die Doppelstaatsbürgerschaft der Südtiroler eintritt, ist VP-Südtirolsprecher NR Hermann Gahr dagegen.

pelstaatsbürgerschaft hält er wenig. „Das ist rechtlich eine schwierige Frage, außerdem würde das eine Lawine in anderen Ländern lostreten.“

Bei einem gemeinsamen Treffen der SVP und der Tiroler VP votierten beide Land-

Der **ÖVP-Seniorenobmann Andreas Khol** erteilte in der „Tiroler Tageszeitung“ vom 15. Jänner 2010 der Doppelstaatsbürgerschaft eine Absage, führte dafür eine Reihe von fadenscheinigen Begründungen an und behauptete, dass diese dem Geist des Pariser Vertrages widerspreche. Besser hätte dies kein römischer Politiker argumentieren können.

Nein zu Doppelstaatsbürgern

Eine Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler ist für VP-Seniorenchef Andreas Khol aus fünf Gründen unmöglich.

Staatsbürgerschaft wollen und bekommen, Deutschsprachige, die diese Doppelstaatsbürgerschaft nicht

Einen Tag später, am 16. Jänner 2010 versuchte Khol den Südtiroler Landsleuten jede Hoffnung zu nehmen, indem er in der Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ erklärte, dass eine solche Doppelstaatsbürgerschaft Italien provozieren würde und daher „gefährlich“ sei.



„Nicht sinnvoll und sogar gefährlich“

DOPPELTE STAATSBÜRGERSCHAFT: Andreas Khol entschieden gegen österreichische Ausweise für Südtiroler – SVP verteidigt Vorschlag

Am 18. Jänner 2010 enthüllte der FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer in einem Pressedienst, welche pro-italienische und liebedienerische Position die ÖVP in dieser Frage einnahm: Vor seiner Abreise nach Villanders habe er, so Neubauer, **Außenminister Michael Spindelegger** (ÖVP) persönlich auf die Frage der Doppelstaatsbürgerschaft angesprochen und eine verblüffend offene Antwort erhalten:

„Spindelegger erklärte mir unverblümt, dass es für ihn nicht in Frage komme, Italien zu verärgern. Auf die von der Südtiroler Volkspartei (SVP) angekündigte große Unterschriftenpetition für den Erhalt einer zusätzlichen österreichischen Staatsbürgerschaft für ladinische und deutsche Südtiroler hat mir Außenminister Spindelegger offen ins Gesicht gesagt, dass er diese Vorgangsweise für blanken Populismus halte und nicht im Entferntesten daran denke, diesem Wunsch der Südtiroler zu entsprechen.“

Gegenüber den Medien war **Spindelegger** nicht so deutlich. In einem Interview mit der Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ vom 12. Februar 2010 erklärte er gewunden, dass man „keine falschen Hoffnungen“ wecken solle. Zunächst müsse man „einen intensiven Prüfungsprozess in Gang setzen“. Von einer Unterschriftenaktion zur Unterstützung der Südtiroler Wünsche, welche von der Landtagspartei „Süd-Tiroler Freiheit“ (STF) angekündigt wurde, riet er ab.



Dolomiten - Freitag, 12. Februar 2010

„Keine falschen Hoffnungen wecken“

DOPPELTE STAATSBÜRGERSCHAFT: Österreichs Außenminister Spindelegger will abwarten, bis Fakten auf dem Tisch sind – „Unterschriftenaktion nicht notwendig“

„D“: Was halten Sie von einer Unterschriftenaktion für die doppelte Staatsbürgerschaft?

Spindelegger: Das hätte aus unserer Sicht keinen Mehrwert. Das ist nicht notwendig. Die Südtiroler haben eine gute politische Vertretung. Über regelmäßige Kontakte mit dem Landeshauptmann und der Landesregierungs-Delegation können wir alle Fragen miteinander behandeln. So eine Unterschriftenaktion würde eher zu Irritationen führen.

20.000 Unterstützungsunterschriften

Am 18. Februar meldete die Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“, dass die „Süd-Tiroler Freiheit“ (STF) in Österreich 20.000 Unterstützungsunterschriften gesammelt habe, ohne dass diese Südtiroler Landtagspartei in Österreich auf irgendeine Organisationsstruktur oder Medienpräsenz habe zurückgreifen können.

Südtirol Freitag, 18. Februar 2011 - **Dolomiten**

Unterschriften gesammelt SÜD-TIROLER FREIHEIT: 20.000 Unterschriften für doppelte Staatsbürgerschaft

Am 23. Februar 2011 wurden diese Unterschriften – es waren mittlerweile 21.000 geworden – dem österreichischen Nationalrat übergeben.

Der Pass ist im Parlament angekommen

Die Süd-Tiroler Freiheit hat
gestern 21.000 Unterschriften für
die Doppelstaatsbürgerschaft im
Parlament übergeben.



Werner Neubauer (FP), Gerhard Huber (BZÖ), Hermann Gahr (VP), Alexander Van der Bellen und Hermann Krist nahmen von Sven Knoll (4. v. l.) und Eva Klotz die 21.000 Unterschriften entgegen.

Foto: Sturm

Keine verfassungsrechtlichen Bedenken

Am 28. April 2011 teilte das **Bundeskanzleramt** den Initiatoren der Unterschriftensammlung mit, dass gegen eine Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler mit: **„Allgemein verfassungsrechtliche Bedenken gibt es keine.“**

Parlamentsdirektion
Herrn Mag. Gottfried MICHALITSCH
stellungnahme.PETBI@parlament.gv.at

Wien, am 28. April 2011

Betreff: Bürgerinitiative Nr. 28
„Österreichische Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler“

Zur Bürgerinitiative Nr. 28 wird mitgeteilt, dass Staatsbürgerschaftsangelegenheiten nicht in die Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes fallen. Allgemein verfassungsrechtliche Bemerkungen gibt es keine.

28. April 2011
Für den Bundeskanzler:
MATZKA

Verfassungsrechtsgutachten: Doppelstaatsbürgerschaft möglich

Am 30. Mai 2011 stellte die „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) in Bozen ein Gutachten des österreichischen Verfassungsrechtlers Univ.-Prof. Dr. Walter Obwexer vor, welcher zu eindeutigen Schlüssen gelangt war. Die „Dolomiten“ berichteten darüber am 31. Mai 2011.

Doppel-Pass: Wien allein am Ball

GUTACHTEN: Verfassungsrechtler Walter Obwexer: Zusätzliche österreichische Staatsbürgerschaft für Südtiroler „rein rechtlich möglich“



BOZEN (ler). Mit einer einfachen Gesetzesänderung kann das Parlament in Wien auch Südtirolern die österreichische Staatsbürgerschaft zuerkennen; Rom spielt in Sachen Doppel-Pass keine Rolle. Zu diesem Ergebnis kommt ein Rechtsgutachten, das die SVP gestern vorstellte.

Rein rechtlich ein lockerer Spaziergang, politisch gesehen wohl eine anstrengende Gipfeltour: Diese Wegbeschreibung zur doppelten Staatsbürgerschaft für Südtiroler legte die SVP gestern nach der Sitzung der Partei-

leitung vor. Zuvor hatte der Verfassungsrechtler Walter Obwexer von der Universität Innsbruck das fundierte Rechtsgutachten vorgestellt, das er im Auftrag der SVP erstellt hatte.

„Der Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft durch Südtiroler ist grundsätzlich möglich“, fasste Obwexer zusammen. Und wie der Fachmann durchblicken ließ, ginge es einfacher als gedacht. Völkerrechtlich und auf EU-Ebene gebe es kein rechtliches Hindernis, der Staat Italien habe erst im Jahr 2009 ein Abkommen aufgehoben, das doppelte Staatsbürgerschaften seit 1963 verhinderte.

Spott und Hohn vom österreichischen Außenminister

Der österreichische **Außenminister Michael Spindelegger** (ÖVP) hatte dafür nur Spott und Hohn übrig. Man könne Staatsbürgerschaften nicht „wie Briefmarken“ sammeln.

Freitag, 25. November 2011 - **Dolomiten**

Von doppelten Pässen und Briefmarken

WIEN: Außenminister Spindelegger gegen Doppelstaatsbürgerschaft – Pichler Rolle: Ist uns Herzensanliegen

BOZEN/WIEN. Man könne „Staatsbürgerschaften nicht sammeln wie Briefmarken.“ Mit dieser Bemerkung zur Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler hat der österreichische Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) Aufsehen erregt. Für SVP-Fraktionschef Elmar Pichler Rolle ist Spindeleggers Aussage ein „sehr unglücklicher Vergleich.“

Am 27. Dezember 2011 legten die „Dolomiten“ nach und veröffentlichten über eine ganze Seite einen ausführlichen

Bericht darüber, dass Ungarn seinen in anderen Staaten lebenden Volksangehörigen die ungarische Staatsbürgerschaft als Doppelstaatsbürgerschaft gewährt.

Dienstag, 27. Jänner 2015 - Dolomiten

Ungarische Staatsbürgerschaft für die „Diaspora-Magyaren“

JENSEITS DER GRENZEN: Zwischen Ungarn und seinen Nachbarn bestimmt gerade die Minderheitenpolitik die Güte der Beziehungen

Dies beeindruckte natürlich den österreichischen **Außenminister Michael Spindelegger** (ÖVP) in keiner Weise.

Scheinbarer „Durchbruch“ im parlamentarischen Ausschuss in Österreich

Nachdem sich der Südtiroler Landtag am 9. März 2012 mit großer Mehrheit für Doppelstaatsbürgerschaften für Südtiroler ausgesprochen hatte, berichteten die „Dolomiten“ am 23. März 2012 erfreut:

„Rechtlich gibt es keine Hürden für die Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler. Das erklärten Experten gestern unisono vor dem Südtirol-Unterausschuss im Österreichischen Nationalrat. ‚Jetzt ist es nur mehr eine politische Entscheidung, ob der Doppelpass den Südtirolern ermöglicht wird oder nicht‘, erklärt der Südtiroler Parlamentarier Karl Zeller.“



Gute Aussprache zum Doppelpass (von links): Karl Zeller, Hermann Gahr und Walter Obwexer. SVP

„Alle Verfassungs- und Völkerrechtsexperten kamen zum Schluss, dass es keine rechtlichen Hindernisse für den Doppelpass gibt.“

Karl Zeller

Die österreichische Bundesregierung unternahm trotz wiederholten Drängens von Südtiroler Seite nichts.

Am 26. August 2013 protestierten die **FPÖ-Nationalratsabgeordneten Werner Neubauer** und **Mag. John Gudenus** in einer Presseaussendung über die „Austria Presse Agentur“ (APA) dagegen, dass vor allem in Wien die Zahl der Einbürgerungen von Ausländern von Jahr zu Jahr ständig steige, hunderte von Staatsbürgerschaftsansuchen von Südtirolern aber unbearbeitet blieben.

Abgeschmettert im Österreichischen Nationalrat – willfähige SVP-Spitze

Am 5. Juli 2013 kam es im Österreichischen Nationalrat zum Offenbarungseid. Ein „*Bericht des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten an den Nationalrat*“ machte deutlich, dass die Bundesregierung keine Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler wünschte. Darin hieß es in bemerkenswert unpräziser Ausdrucksweise,

„dass die Einführung eines vereinfachten Erwerbs der österreichischen Staatsbürgerschaft für SüdtirolerInnen“ mit „völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Hürden“ verbunden wäre.



Der
freiheitliche
Südtirol-
Sprecher und
Nationalratsabge-
ordnete Werner
Neubauer

Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP schmetterten daher zusammen mit den „Grünen“ den Antrag des **freiheitlichen Südtirol-Sprechers und Nationalratsabgeordneten Werner Neubauer** ab, mittels Einfügen eines einzigen Absatzes im Staatsbürgerschaftsgesetz, den Südtirolern die doppelte Staatsbürgerschaft zu ermöglichen.

In einer Presseaussendung erklärte der Abgeordnete Werner Neubauer dazu:

„Die Bundesregierung hat sich damit gemeinsam mit den Grünen geweigert, unseren Landsleuten südlich des Brenners diesen Herzenswunsch zu erfüllen. Darüber hinaus war das Verhalten der Blockierer von Feigheit geprägt, hatten sie doch nicht einmal den Mut, ihre Position zum ablehnenden Stimmverhalten in einer Wortmeldung zu artikulieren.“

Nun zog auch der mit der ÖVP eng verkungelte Südtiroler Landeshauptmannskandidat und **kommende Landeshauptmann Arno Kompatscher** den Schweif ein und erklärte, dass auf Südtiroler Seite ohnedies „wenig Begeisterung“ für eine

Doppelstaatsbürgerschaft herrsche.

Die „Austria Presse Agentur“ (APA) berichtete darüber:

APA0357 5 AI 0394

Do, 19.Sep 2013

Landtag/Regionalwahlen/Wahlen/Politische Bewegungen/Tirol

Südtirol-Wahl: Kompatscher sieht "wenig Begeisterung" für Doppelpass

Utl.: In der Südtiroler Bevölkerung - SVP-Landeshauptmannkandidat:
"50 Prozent bei Landtagswahl ist Traumziel" =

Innsbruck (APA) - Der Landeshauptmannkandidat der Südtiroler Volkspartei (SVP) bei der Landtagswahl am 27. Oktober hat in der Frage einer möglichen **Doppelstaatsbürgerschaft** derzeit "**wenig Begeisterung**" in der Südtiroler Bevölkerung geortet. Zudem nehme er zur Kenntnis, dass **auch in Österreich die Voraussetzungen** dafür "**politisch nicht gegeben**" seien, sagte Kompatscher am Donnerstag bei einer gemeinsamen **Pressekonferenz** mit dem Südtirol-Sprecher der ÖVP im Nationalrat, Abg. Hermann **Gahr**.

Meinungsumfrage in Österreich: 89 Prozent befürworten Selbstbestimmung für Südtirol – 83 Prozent sind für Doppelstaatsbürgerschaft

Am 26. Jänner 2015 stellte der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB), eine von ehemaligen Freiheitskämpfern und politischen Häftlingen gegründete Vereinigung, auf einer Pressekonferenz in Wien das Ergebnis einer repräsentativen Meinungsumfrage vor, welche das Institut „Spectra“ durchgeführt hatte.

Die Zustimmung zur Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft

SPECTRA
MARKTFORSCHUNG

Frage 3: In Süd-Tirol gibt es die Diskussion, die Bindung zu Österreich zu stärken, indem die Süd-Tiroler wieder österreichische Staatsbürger werden. Wären Sie damit einverstanden, dass dies den Süd-Tirolern im Rahmen einer doppelten Staatsbürgerschaft gewährt würde, oder wären Sie damit nicht einverstanden?

Basis: Österreichische Bevölkerung / Angaben in %



Frage 4: In Süd-Tirol wird immer wieder der Wunsch nach Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes geäußert. Würden Sie es begrüßen, wenn die Bevölkerung Süd-Tirols in einem Referendum auf friedliche und demokratische Weise über die staatliche Zugehörigkeit des Landes entscheidet, oder würden Sie das nicht begrüßen?

Basis: Österreichische Bevölkerung / Angaben in %



Auch die „Dolomiten“ berichteten darüber:

Dienstag, 27. Jänner 2015 - Dolomiten

In Österreich willkommen

UMFRAGE: 89 Prozent der Bundesbürger sind laut Heimatbund-Befragung für Wiedervereinigung mit Südtirol



Bundesadler und Tiroler Adler gehören zusammen (von links): Peter Bruckmüller („Spectra“), der langjährige Heimatbund-Obmann Sepp Mitterhofer, sein Nachfolger Roland Lang, der Journalist Reinhard Olt und Benjamin Pixner (Jugendsprecher Süd-Tiroler Freiheit) gestern bei der Pressekonferenz in Wien.

So sprechen sich 83 Prozent dafür aus, dass Südtiroler die doppelte Staatsbürgerschaft erhalten sollen. Noch lieber würden es neun von zehn Österreichern (89 Prozent) sehen, wenn Südtirol in einem Referendum „auf friedliche und demokratische Weise über die staatliche Zugehörigkeit des

Der Rückzug des Südtiroler Landeshauptmannes Kompatscher

In Wiener Regierungskreisen war man wenig erbaut. Am 19. Februar 2015 besuchte der Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher den ÖVP-Außenminister Sebastian Kurz in Wien besuchte. Kompatscher war brav und wusste, was man seitens der ÖVP von ihm erwartete. Er hatte bereits am Vortag in vorsehendem Gehorsam über die „Austria Presse Agentur“ (APA) verlautbaren lassen, dass er der Wiener Linie zu folgen

gedenke:

Innsbruck/Bozen (APA) - In der Frage rund um die **Doppelstaatsbürgerschaft** für Südtiroler sieht Südtirols Landeshauptmann Arno **Kompatscher** (SVP) noch viel Klärungsbedarf. "Es besteht die **Gefahr, dass uns die Debatte mehr schaden könnte, als sie uns Nutzen bringt**", erklärte Kompatscher gegenüber der Tiroler Tageszeitung (Mittwochsausgabe).

"Wir **wissen, dass sich in Wien und Tirol die Begeisterung in Grenzen hält, weil viele Fragen der praktischen Anwendung unklar sind**", meinte der Landeshauptmann.

Angesichts dessen, dass Kompatscher sich so willfährig zeigte, verlief das Treffen in Wien äußerst harmonisch und programmgemäß ohne praktischen Ergebnisse für die Südtiroler Bevölkerung. In Wien war damit die Sache vom Tisch.

Am 28. Jänner 2015 berichtete die „Neue Südtiroler Tageszeitung“, dass der ÖVP-Südtirolsprecher im Österreichischen Nationalrat, Hermann Gahr, kaum Chancen für eine Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler sehe.



Gegenüber der Öffentlichkeit äußerten sich in der Folge Kurz und Kompatscher gleichlautend. In einem Interview in den „Dolomiten“ vom 2. Juli 2015 sagte Kurz, dass Österreich Doppelstaatsbürgerschaften vermeiden wolle und der folgsame Arno Kompatscher erklärte, dass es sich um eine „schwierige Herzensangelegenheit“ handle, deren Umsetzung aber schwierig sei.

Schwierige „Herzensangelegenheit“

DOPPELPASS: Außenminister Kurz bremst Erwartungen – Kompatscher: Verankerung der Schutzfunktion ist uns noch wichtiger

Die vorläufige Beerdigung

Am 28. Jänner 2015 beerdigte der Südtirol-Unterausschuss des Österreichischen Nationalrates mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der „Grünen“ den freiheitlichen Antrag, den Südtirolern die Möglichkeit der Doppelstaatsbürgerschaft zu gewähren.

Dolomiten - Freitag, 29. Jänner 2016

Doppelpass-Antrag wird zu den Akten gelegt



Kein österreichischer Pass für Südtiroler: Der Südtirol-Unterausschuss im Nationalrat hat den Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Am 13. Februar 2016 schrieb der **Südtiroler Rechtsanwalt Dr. Otto Mahlknecht** in den „Dolomiten“ das, was in dieser Frage

wohl die meisten Südtiroler denken.

MEINE MEINUNG

Die in dieser Rubrik wiedergegebene Meinung muss nicht mit der der Redaktion übereinstimmen

Südtirol - eine Herzensangelegenheit?

Dr. Otto Mahlknecht, Rechtsanwalt in Bozen und Präsident des Österreich-Südtirol-Forums, nimmt im Folgenden Stellung zur ablehnenden Haltung des Südtirol-Unterausschuss im österreichischen Nationalrat, der sich gegen die österreichische Staatsbürgerschaft für Südtiroler ausgesprochen hat.

1920 haben die Südtiroler die österreichische Staatsbürgerschaft verloren und die italienische erhalten. Nach 1945 standen nicht die Staatsbürgerschaft, sondern vitalere Interessen auf der Tagesordnung. Erst 2006 wurde sie zum Thema, als Italien sein Gesetz zugunsten der Italienischstämmigen in Istrien, Fiume und Dalmatien novellierte. Seither gab es Bemühungen, für die Südtiroler dasselbe zu erreichen.

Seit 2010 hat die österreichische Regierung dem Südtiroler Wunsch mit der Begründung, es sei zuvor eine intensive juristische Prüfung notwendig, nicht



Dr. Otto Mahlknecht

entsprochen. Nun sind die Rechtsfragen aber seit Langem geklärt. Österreich müsste weder die Verfassung ändern, noch völkerrechtliche Verträge kündigen. Eine einfache Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes würde ausreichen. Völkerrechtlich erlaubt das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit eine Doppelstaatsbürgerschaft. Dass darüber hinaus auch keine verfassungsrechtlichen Hürden bestehen, hat das Bundeskanzleramt am 28. April 2011 festgestellt. Die meisten unserer europäischen Nachbarn erlauben eine Doppelstaatsbürgerschaft; sie stellt in der europäischen Praxis geradezu die Regel dar.

Die Doppelstaatsbürgerschaft hätte keine Auswirkungen auf

Steuern und Pensionen, weil diese unabhängig davon dort zu zahlen sind, wo die Person ihren Wohnsitz hat. Sie wäre auch keine Besserstellung gegenüber anderen Südtirolern, weil die Rechte innerhalb Südtirols nicht vom Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft abhängen.

Wenn es so leicht ginge und ein Herzensanliegen vieler Südtiroler ist, warum wurde es dann nicht schon längst im Nationalrat beschlossen?

Der Grund liegt im politischen Zaudern der Bundesregierung. Sie kann sich nicht dazu entschließen, weil sich Identität und Selbstverständnis der Südtiroler dann stärker an Österreich orientieren würden. Dies würde den unausgesprochenen Plan Italiens durchkreuzen, die Südtiroler trotz Autonomie möglichst bald zu Italienern zu assimilieren und eine Situation so wie im Elsass zu schaffen. Als Südtiroler fragt man sich in diesem Lichte: Welche Interessen sind für die österreichische Bundesregierung wichtiger? Jene der Südtiroler oder jene Italiens?

Diese Dokumentation zeigt, dass ÖVP und leider auch SPÖ (Wo sind die Zeiten eines Bruno Kreisky geblieben?) sich das Thema Südtirol endgültig vom Halse schaffen wollen. Die „Grünen“ hätten für die Südtiroler ohnedies nur dann ein offenes Herz, wenn diese aus Nigeria oder Afghanistan stammen würden.

Man wird nach den Nationalratswahlen sehen, ob es in einer neuen österreichischen Bundesregierung zu einer Änderung der Haltung gegenüber Südtirol und der Frage der Doppelstaatsbürgerschaft kommen wird.